

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Zur Nachgelieferung: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 11,- M., vierteljährlich 42,- M.
Anzeigen-Preis. Die einpaltige 37 mm breite Zeile 4,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 10paltige An- u. Verhüte 25,- M. Bezugsgebühr laut Tarif. Unverändliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von F. Pfeich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverändliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Bücher · Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft.
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Seestraße 7 Stablamment 1. Rangpa Seestraße 7
Excelsior-Diele
5-Uhr-Tea
Nachmittags und abends Konzerte des ungar. Kapellmeisters Lokatos

Muster-Ausstellung
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher: 19331 und 20491

Bewerkschaftliche Streikrichtlinien.

Vorschläge der Berliner Gewerkschaftskommission.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 2. März. Da die letzten großen Streiks gescheitert haben, daß, wie alles andere, auch die Gewerkschaftsaktivitäten ein Opfer der Nachkriegszeit geworden ist, hat sich die Berliner Gewerkschaftskommission mit der Ausarbeitung von Richtlinien beschäftigt, die in einer ihrer nächsten Sitzungen angenommen werden sollen. Die Richtlinien besagen unter anderem folgendes:

Streiks dürfen erst dann beschlossen werden, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. In der Abstimmung über einen Streik müssen die organisierten Beschäftigten aller Organisationen teilnehmen können. Ein Streikbeschluss hat nur Gültigkeit, wenn er den Bestimmungen der beteiligten Gewerkschaften entspricht. Ohne Verhandlung der übrigen beteiligten Organisationen, resp. der Lohn- und Tarifstelle, darf keine Ortsverwaltung eine Lohnbewegung einleiten, noch einen Streik lancieren. Tritt eine Gruppe von Beschäftigten gegen den Willen der Organisation in einen sogenannten wilden Streik, so darf keine Ortsverwaltung Streikunterstützungen bezahlen, bevor sie sich nicht mit den übrigen Organisationsleitungen verständigt hat. Interessant sind auch die Bestimmungen für den Aufruf zu Solidaritätsstreiks. Die Gewerkschaftskommission verlangt, daß, falls Unterstützung durch andere Organisationen gefordert wird, dieser Fall den Gewerkschaftsorganisationen und der Akt zu unterbreiten ist, die ihn prüfen und dann ihre Befehle fassen sollen. Ueber die Ausführung von

Arbeiten in lebenswichtigen Betrieben

heißt es: Notwendig werdende Arbeiten in ganz besonders lebenswichtigen Betrieben werden nach noch näher zu bestimmenden Richtlinien auf Anweisung der Organisation von den an der Lohnbewegung beteiligten Organisationen der Teilnehmer selbst ausgeführt. Die Technische Rothhilfe können die Gewerkschaften ab.

Streik der Steffiner Hofenarbeiter.

Stettin, 2. März. Die Hofenarbeiter Stettins sind gestern in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 50 Prozent. (W. T. B.)

Braunschweiger Kommunisten vor dem Schwurgericht.

Berlin, 2. März. Die Dynamitattentate, die die Bevölkerung Braunschweigs im Juni und Juli v. J. in große Aufregung versetzten, werden in diesem Monat vor dem Braunschweiger Schwurgericht zur Verhandlung gelangen. Insgesamt werden sich neun Personen zu verantworten haben, darunter auch Alfred Merges, der Sohn des bekannten braunschweigischen Kommunisten und Revolutionspräsidenten August Merges, sowie Frau Minna Raßhauer, die nach der Revolution eine Zeit lang den Posten des braunschweigischen Kultusministers inne hatte.

Bereinfachung und Verbilligung in der Postverwaltung.

Berlin, 2. März. Das Reichspostministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes der Post- und Telegraphenverwaltung vorgelegt. Wie es in der Denkschrift heißt, werden die bisher eingeleiteten und noch beschlossenen Veränderungen in Verbindung mit der Vereinfachung des Geschäftsbetriebes im Ministerium selbst eine Verringerung des Personalstandes in absehbarer Zeit zur Folge haben. Ebenso wird im Verlaufe nächster Jahre eine Verringerung der Oberpostdirektionen von 45 auf 35 möglich sein. Die Arbeitszeit bedarf noch einer ins Einzelne gehenden grundsätzlichen Regelung, bei der die volle Veranzuehung der Arbeitskraft ohne Durchbrechung der Grundlinien des Achtstundentages unter Vermeidung jeglicher Ueberanstrengung der Beamten überwachelt werden muß. Die Denkschrift schließt zusammenfassend, die bereits vollzogenen Vereinfachungen und Verbilligungen in der Post- und Telegraphenverwaltung hätten eine Ausgabeverminderung um einige Milliarden Mark zur Folge gehabt.

Hermes drängt auf endgültige Beilegung des Reichsfinanzministerpostens.

Berlin, 2. März. Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, soll der Reichsernährungsminister und augenblickliche Reichsfinanzminister Dr. Hermes dem Reichskanzler erklärt haben, daß er im Interesse der geordneten Führung der Geschäfte des Reichsfinanzministers die Ernennung eines endgültigen Reichsfinanzministers für dringend erforderlich halte und den Kanzler bitte, sich baldigst in dieser Frage zu entscheiden.

Berufung Dr. Pfeiffers auf den deutschen Gesandtschaftsposten in Washington?

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Berlin, 2. März. Von zuverlässiger Seite erfahren wir, der Reichskanzler habe dem deutschen Gesandten Pfeiffer in Wien den Posten des deutschen Botschafters in Washington angetragen. Dr. Pfeiffer hat jedoch, von dieser Berufung abzusehen und hat sich Bedenklichkeit vorbehalten. Es ist jedoch anzunehmen, daß er dem Rufe als Botschafter nach Washington folgen werde.

Die Auseinandersetzung Delbrücks mit Aulard.

Professor Delbrück, der längst durch seine Ludendorff-Einstellungen peinliches Ansehen erlangt hat, hat sich mit dem französischen Professor Aulard in eine Auseinandersetzung über die Kriegsschuld eingelassen, über die das „N.“ u. a. berichtet:

Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Delbrück und Aulard hat begonnen, allerdings nicht, wie Delbrück vorhin, durch einen persönlichen Meinungsaustrausch in Köln, sondern durch Zeitungsartikel im „Devoire“. Der Berliner Vertreter des „Devoire“, Laurent, hat Delbrück aufgesucht und gibt ohne tendenziöse Färbung wieder, was ihm der deutsche Gelehrte gesagt hat. Delbrück erklärte, er sei kein Aulardianer, wie man in Frankreich glaube, sondern ein überzeugter Pazifist. Schon 1912 habe er auf die Gefahren der imperialistischen Propaganda hingewiesen. Er habe das Manifest der 93 nicht unterschrieben und schließlich ein Buch gegen Ludendorff veröffentlicht. Er könnte die von Aulard verlangte Erklärung, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei, nicht unterschreiben, weil er damit gegen seine Ueberzeugung handeln würde. Delbrück sagte weiter: Ich habe den Kaiser und ebenso die Männer, die den größten Einfluß auf ihn hatten, gekannt und weiß, daß sie im tiefsten Empfinden friedfertig waren. Ich erkenne an, daß sie einen ungeschickten oder schweren Fehler begangen haben, als sie den Krieg erklärten, aber dabei darf man nicht von einer moralischen Verantwortung sprechen. Eine Verantwortung ist juristischer Art.“ Delbrück tritt auf neue für die These ein, daß die moralische Verantwortung auf beiden der Entente liege.

Professor Aulard schreibt dazu: Deutschland verflechtet sich als Pazifist, um seinen Kaiser und die faulerliche Regierung zu verteidigen. Die Drohsätze über Ludendorff beruhen gar nicht. Delbrück wirft Ludendorff vor, er habe den Krieg schloß geführt. Hätte Ludendorff Paris gewonnen, dann wäre Delbrück mit ihm zu Frieden gekommen. Aulard kommt dann auf die deutsche „Lüge“ zurück, durch die nach seiner Meinung die Kriegserklärung gerechtfertigt worden sein soll. Delbrück nennt die Lüge nur ein Ungeheuer. Weil Delbrück aber in seinem Widerspruch verharrt, will ich ihn fragen, weshalb Deutschland 1890 im Haag das Schiedsgericht abgelehnt hat. Damals hätte sich eine Periode des Friedens eröffnen können. Die deutsche Regierung hat aber eine Zeit des Krieges vorhergesagt, und das soll ein Ungeheuer sein, nichts weiter? Aulard fragt, weshalb Wilhelm II. im Jahre 1914 den Versuch des Fahren nicht angenommen hat, den Konflikt dem Daaer Schiedsgericht zu unterbreiten. „Ein Ungeheuer.“ wird Professor Delbrück wieder sagen. Wir Franzosen nennen diese Handlung nicht ein Ungeheuer, sondern ein Verbrechen. Das will aber nicht belangen, daß wir Franzosen alle mit der französischen Politik vor dem Kriege zufrieden gewesen sind. In allen Ländern haben die Skandinavienrenten durch ihre mächtige Presse zum Kriege gedrängt; aber die Hauptschuldigen bleiben Wilhelm II. und Franz Joseph. Wir französischen Republikaner haben nach unserer Niederlage 1871 den Kaiser und das Kaiserreich ausgespielt. Wir haben erklärt, daß sie für das Unheil und die Verhinderung Frankreichs verantwortlich sind. Jeder französische Professor hätte sich nach 1871 geäußert, Napoleon III. zu loben; aber die deutschen Professoren, Herr Delbrück an der Spitze, hielten es für ihre Ehrenpflicht, den früheren Kaiser zu verteidigen.“ Aulard schließt mit der Mahnung an die Franzosen, sich um die humanitären Protesten nicht zu kümmern, sondern auf die zwölf Millionen deutscher Arbeiter zu vertrauen, die einmütig den Frieden wollen, und die einsehen, daß die Ruten Frankreichs aufgebaut werden müssen.

Das Kabinett Ponikowski erschüttert.

Warschau, 2. März. Der polnische Außenminister Strömung hat in der Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ganz unerwartet den Antrag auf ein ausdrückliches Vertrauensvotum für seine auswärtige Politik gestellt. Er will keine Reise nach Paris und London ein antreten, wenn ihm das Vertrauen ausgedrückt worden ist. Am Donnerstag findet eine neue Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt, in der die Vertrauensfrage erörtert werden soll. Die innerpolitische Lage ist derzeit verwickelt, daß man nicht übersehen kann, ob das Verlangen des Außenministers nicht den Rücktritt des ganzen Kabinetts zur Folge haben wird. Die Nationaldemokraten verlangen eine endgültige Entscheidung, die ihren Wünschen entsprechend, gegen das Kabinett ausfallen soll, wiewohl sie nicht verhehlen, daß die augenblickliche Lage für einen Ministerwechsel nicht sehr günstig ist. Nebenfalls gilt die Stellung des Kabinetts Ponikowski als ziemlich erschüttert, zumal gegen den Innenminister Downarowski, wie auch gegen den Vorsitzenden des Hauptlandesamtes, Dr. Biernik, erhebliche Anklagen vorgebracht werden. Der Seimpräsident hat in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Ponikowski den Rücktritt beider ausdrücklich verlangt. (W. T. B.)

Fulci Postminister.

Rom, 2. März. Der König hat die Demission des Postministers Cesaro angenommen und zu seinem Nachfolger den Abgeordneten Fulci ernannt. (W. T. B.)

Groß-Samburg und Preußen.

Nach dem am 11. August des Vorjahres erfolgten Ablauf der zweiährigen Sperre, innerhalb deren Anträge auf bundesstaatliche Neugliederungen nach § 18 der Weimarer Verfassung nicht gestellt werden durften, ist die erste größere Aktion, die auf diesem Gebiete unternommen wird, der Versuch des hamburgischen Staates, von Preußen die Abtretung verschiedener Grenzgebiete zu erlangen, die nach hamburgischer Uebersetzung zur Vergrößerung Mecks Gemeinwesens unbedingt nötig sind, um eines der wertvollsten Gebiete seiner Kolonien zu erhalten und an seinem Körper verfallenen Vaterlandes durch Beilegung unnatürlicher und längst veralteter staatlicher und kommunaler Schranken zu wirtschaftlicher Höchstleistung zu entwickeln und zu dem Verlaug des deutschen Wiederaufbaues zu machen, für den es alle natürlichen Vorbedingungen in reichem Maße besitzt. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung von Hamburgs Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Auslandsseehäfen, die durch Antwerpen und Rotterdam ernstlich bedroht wird, also um eine Einzelanleihe von hervorragender nationaler Bedeutung, die für das deutsche Gesamtinteresse schwer ins Gewicht fällt. Sowohl die preussische Regierung wie der hamburgische Staat haben an die zunächst ausländische Instanz, die Zentralfstelle für die Neugliederung des Reiches, Denkschriften einereicht, worin die Frage nach allen Richtungen gründlich beleuchtet wird. Die hamburgischen Ansprüche sind in folgenden drei Punkten: 1. Erweiterung der einseitigen Hafenanlagen. 2. Vereinheitlichung des gesamten Elbflaßschiffahrt durch Einbeziehung von Altona, Sandstedt und Harburg, womit die Verwertung von Gelände zur Anlage von industriellen Betrieben im Hafen unmittelbar am Wasser verbunden wäre. 3. Abtretung von Bauland zur Errichtung von Wohnungen für das große Heer der Hafenarbeiter.

Wenn die preussische Denkschrift zur Begründung ihres Widerstandes gegen die hamburgischen Forderungen sich darauf beruft, daß der Wiederaufbau deutschen Lebens, deutscher Macht und deutscher Wirtschaft nur gelingen könne, wenn Preußen stark sei und bleibe, so ist das an sich gewiß richtig. Je unbedingter die Verhältnisse unter dem Versailles Gewalt- und Zwangsfrieden sich gestalten, desto empfindlicher wird die nationale öffentliche Meinung Deutschlands für den vaterländischen Wert eines in seiner Macht ungeschwächerten Preußens. In den Deutschen Stimmen“ weist Dr. Stresemann auf diesen psychologischen Zug im Anschluß an den Erfolg, den der bekannte Film „Arriberius Rex“ zeitigt, hin und erklärt: „Preußens Geschichte steigt aus der Vergangenheit auf, und überall da wo das Große des alten Preußens dem Zuschauer vor Augen tritt, scheint die Liebe zu dem, was dahingegangen ist, hält die Herzen und Seelen anfangen und findet in härmlicher Zustimmung ihren Ausdruck. Das neue Deutschland muß doch noch wenig Eroberungen gemacht haben, wenn diese Kundgebungen möglich sind.“ Selbst wenn man aber tief von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß an dem staatlichen Verlande Preußens nicht gerüttelt werden darf, so wird man doch bei richtiger Würdigung der weltwirtschaftlichen Aufgabe Hamburgs der preussischen Denkschrift nicht beipflichten können, wenn sie trotz ihrer Versicherung, die Angelegenheit rein sachlich behandeln zu wollen, in eine Beweisführung verläßt, welche die Abtretung von zur Erfüllung der deutschen Mission Hamburgs notwendigen Gebietsstücken auf eine Linie mit den durch den Versailles Friedensvertrag herbeigeführten Einbußen an Landbesitz stellt. Als ganz abwegig muß es auch bezeichnet werden, wenn die Denkschrift in dem Bemühen, ein Groß-Hamburg zu schaffen, den Versuch zu einer Pertrümmerung Preußens erblickt, und vollends die Krone der Unzulänglichkeiten in der preussischen Auffassung stellt die Erklärung dar, daß die Bestrebungen, im hamburgischen Handelshafengebiet Industrie zuzulassen, nicht auf Entgegenkommen rechnen könnten, da ein solches „eine unabweisliche Verwendung deutschen Nationalgebietes lediglich zur Förderung einseitiger Geschäftsinteressen hamburgischer Kaufleute bedeuten würde“. Es wäre besser, wenn dieses üble Wort nicht gesprochen worden wäre. So etwas ist bitter für die alten Hansaten, die als Pioniere deutscher Kultur in alle Welt hinausgingen und Deutschlands Kolonialbesitz schufen, als selbst das Genie eines Bismarck noch nicht an diese weltpolitische Leistung der deutschen Reichsmacht heranwollte. Die schwere, ebenso kurzfristige wie unbegründete Verunglimpfung des um die nationale Entwicklung hochverdienten Hansentums wird auch von der „Kreuz-Zeitung“, die doch gewiß nicht in den Verdacht einer lauen Vertretung preussischer Interessen geraten kann, als ungebührlich zurückgewiesen. Wie eine solche Verkennung der einschlägigen sachlichen Gesichtspunkte auf preussischer Seite überhaupt Platz greifen konnte, begreift man einigermassen, wenn man sich in den Geist gewisser Richtlinien verweist, die das preussische Staatsministerium den preussischen Vertretern in der Zentralfstelle für die Neugliederung des Reiches vorgezeichnet hat. Sie sollen danach für jede mögliche Vergrößerung Preußens sich ins Zeug werfen, dagegen jedwede Abtretung preussischen Gebiets von der Hand weisen und bei der Befürwortung einer Vergrößerung

Das Schulbedarfsgesetz im Landtag.

18. Sitzung.
Dresden, den 2. März 1922.

Nach Eröffnung der Sitzung teilt der Präsident mit, daß eine Eingabe des Kreisbauernvereins v. Köstlich-Wallwitz, Bautzen, eingegangen sei, mit der er die Abschrift eines Schreibens an das Ministerium des Innern übersendet. Das Schreiben soll den Fraktionen übermitteln werden.

Vom Abg. Heilmann (3.) liegt eine kurze Anfrage vor, betreffend die

Anmeldung zum Religionsunterricht.

Au der Anfrage wird ausgeführt, daß nach Art. 149 der Verfassung des Deutschen Reiches eine Anmeldung zum Religionsunterricht nicht erforderlich sei, daß vielmehr lediglich eine Anmeldung zu erfolgen habe, wenn die Erziehungsberechtigten die Teilnahme an religiösen Unterrichtsstunden nicht wünschen. Das ist klar ersichtlich im Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921.

Ministerialdirektor Geh. Rat Winkler erklärt namens der Regierung, diese könne der Ansicht nicht zustimmen, daß § 2, 2 des genannten Gesetzes eine Befreiung darüber enthalte, daß die Anmeldung zum Religionsunterricht nicht verlangt werden dürfe.

Der Landtag beschließt sich dann mit einem Schreiben des Ministerpräsidenten, betreffend

die Strafverfolgung des Abg. Ehrhardt (Komm.).

Der Rechtsausschuß, für den der Abg. Bünzler (D. Sp.) berichtet, beantragt die Verurteilung des Strafverfolgungsbürochefs. Es handelt sich um zwei Artikel im „Neuen Kurier“, den der Abg. Ehrhardt verantwortl. gezeichnet hat. Er ist mit je 100 Mark Geldstrafe belegt worden, wogegen er gerichtliche Entscheidung beantragt hat.

Der Antrag des Rechtsausschusses wird mit 43 Stimmen der Rechten gegen 40 Stimmen der Linken abgelehnt. Demnach findet die Strafverfolgung statt.

Der Entwurf des Gesetzes über

Erhöhung von Schreibgebühren

und über Änderung einiger Vorschriften des Gesetzes über die Gerichtsgebühren vom 21. Juni 1900 wird auf Antrag des Abg. Winkler (D. Sp.) dem Rechtsausschuß überwiesen.

Zu dem Antrag des Abg. Wenzel (Unabh.).

Die Erstattung von verloren gegangenen Arbeitsverträgen an Schülern und Geschworenen usw. wird beschlossen, die Regierung zu ersuchen, durch geeignete

kleinere Maßnahmen dahin zu wirken, daß durch Reichs- oder Landesrecht die Verhältnisse für Schülern und Geschworenen, für Mitglieder der Vereinigungsdirektoren, der Steuer-, Bezirks- und Kreisräte sowie der Bezirksvereinsammlungen in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Weise erhöht werden mit der Maßgabe, daß eine Befreiung derjenigen Personen erfolgt, bei denen eine Einbuße an Erwerb oder Einkommen eintritt, daß aber die höhere Entschädigung nicht abgehört wird an Personen, die ein höheres Jahreseinkommen als 50.000 Mark haben, endlich, daß den Handelstribunalen die entfallenden Reichsgebühren vergütet werden. — Ein weitergehender Minderheitsantrag des Abg. Wenzel (Unabh.) wird abgelehnt.

Zu dem Entwurf eines

Personengesetzes für die Geistlichen und ihre Hinterbliebenen

wird auf Antrag des Abg. Winkler (D. Sp.) beschlossen, die Regierung zu ersuchen, vorläufig im Sinne der Mehrheitsbeschlüsse des Ausschusses, die dem Gesetz im wesentlichen anzuschließen, zu verfahren, die Angelegenheit selbst aber später im Landtag zu verhandeln.

Darauf werden ohne Aussprache einige

Rechnenschafts- und Haushaltsfragen

erledigt. Es handelt sich um die Rechnungsabrechnung 1918/19 und die Haushaltsabrechnung 1921/22 über die Kohlenfelder-Oberflächen und die Oberrechnungskammer. Ferner wird verabschiedet der außerordentliche Haushaltsabrechnung 1921 für die Ver- suchs- und Versuchsgärtnerei Pillnitz.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage über das

Schulbedarfsgesetz.

das in unserem Blatte bereits ausnahmsweise wiedergegeben worden ist.

Aktionsminister Fleischer

begründet den Entwurf eingehend. Er sei das Ergebnis außerordentlich schwieriger Beratungen. Es sei eine Reihe von Interessen und Sachgruppen gehört worden. Die Regierung sei bemüht gewesen, manches besser zu machen, als es ihr schließlich gelungen ist. Die finanziellen Verhältnisse der Gegenwart hätten dies verhindert. Es stelle sich sehr leicht heraus, wie schwere Fehler früher begangen worden seien, indem man es unternahm, Einrichtungen ins Leben zu rufen, deren Erfüllung keineswegs eher möglich gewesen wäre. Die Vorlage wolle in die Verhältnisse der Schulen zum Teil ein anderes Prinzip einführen. Die persönlichen Schulkosten für Volks-

und Fortbildungsschulen sollten auf den Staat übernommen werden. Das weitestgehende an der Vorlage sei nicht das Materielle, sondern es von großer Bedeutung sei, vielmehr sei der Kern der so oft gewünschte Ausgleich der Schul-lasten zwischen Staat und Gemeinden. Diejenigen Gemeinden, die unter den Schulkosten so sehr zu leiden hätten, würden nun entlastet. Hinsichtlich der Schulrichtungen habe man einen gewissen Durchschnitt gezogen. Bei der Hälfte der städtischen Schulen trete gegenüber dem jetzigen Zustande eine wesentliche Verbesserung ein, bei der anderen Hälfte verbleibe es bei dem gegenwärtigen Zustande und nur bei einem kleinen Teile trete eine nicht wesentliche Verschlechterung ein. Eine sehr große Rolle habe die Pflichterfüllung der Lehrer gespielt. Die Arbeit der Lehrer sei mit den Pflichtstunden nicht erschöpft. Außerdem befänden sich die Lehrer hinsichtlich der Ferien der Beamten gegenüber im Vorteil. Es wäre verkehrt, wenn die Gemeinden die Mittel, die nun frei würden, für andere als schulische Zwecke verwendeten. Es wäre nun die Möglichkeit gegeben, auch in Bezug auf die Beschaffung von Lehr- und Vermitteln etwas weiter zu gehen als bisher. Der Minister bittet zum Schluß wiederholt, die finanziellen Schwierigkeiten zu berücksichtigen.

Die Aussprache

wird eröffnet vom Abg. Müller, Leipzig (Unabh.), der den Entwurf in verschiedener Richtung bemängelt. Man habe die finanziellen Erfordernisse in den Vordergrund gestellt und eine ganze Reihe von kulturellen Fragen zurückgedrängt. Man solle nicht dort anfangen zu sparen, wo es am allerwichtigsten am Platze sei. Im Finanzministerium gehe man nach dem Munde des früheren Sparministers Kügel. Durch die Steuererhöhungen würden die Gemeinden doch einen erheblichen Teil an den Schulkosten beitragen. Der Ausschuss müsse die Vorlage gründlich umgesehen.

Abg. Grelmann (D. Sp.) fordert u. a., daß die Frage des Steuerabzuges im Ausschusse näher erörtert werden müsse. In Wirklichkeit erfolge die Uebernahme der Schulkosten auf den Staat nicht. Die Gemeinden würden den größeren Teil zahlen. Warum den Gemeinden die bisherigen Rechte beschritten werden sollten, sehe er nicht ein. Die Begründung der Regierung sei in dieser Richtung sehr dürftig. Der Redner bezieht die einzelnen Paragraphen und wünscht insbesondere eine Herabsetzung von § 19, nach dem der Schulbezirk für Einstellung von Fachlehrern Sorge zu tragen habe, wenn es an Religionslehrern fehle. Das Ministerium habe selbst die Verpflichtung, für solche Lehrer Sorge zu tragen. Er wünsche, daß aus der Vorlage noch etwas Brauchbares herauskomme. In dieser Form könne man sie nicht annehmen.

Abg. Wenzel (Unabh.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß. Leider würde der erste Wille des Kultusministers, vorwärts zu kommen und seine sozialistischen Ideale zu verwirklichen, getrieben durch die finanziellen Möglichkeiten. Da und dort werden man schweren Herzens der Vorlage zustimmen, aber über die Gesamtvorlage müsse doch das Urteil ausgesprochen werden, daß damit Sachgenossen an der Spitze des deutschen Volksschulwesens marschiere.

Abg. Dr. Köhlermann (D. Sp.) stimmt dem Abg. Müller zu, daß an der Wiese des Gesetzes die hohe Fee des Sozialismus gehandelt habe. Es enthalte viele Anhaltspunkte, über die die Gemeinden stolpern könnten. Besonders die Großstädte würden schlecht fahren. Der Zweck des Vorkausausgleichs zugunsten der Gemeinden werde in das Gegenteil verkehrt. Mandates an dem Gesetze bedürfte dringend der Abänderung.

Abg. Schaefer (Komm.) bezeichnet das Gesetz als den Ausdruck der Hastigkeit. Der parlamentarische Staat habe die fiskalischen Grundzüge über die Erziehungspflicht. Das sei aus mehreren Punkten des Entwurfes zu erkennen. Der Entwurf, daß kein Geld da sei, sei nicht haltbar. Es komme nur darauf an, das Geld zu erhalten, wo es ist. Man bedürfe der Staatskassen auch mit Bezug auf die sachlichen Punkte. Viele Vermitteln könnten abgeholt werden, während Dresden über seinen prächtigen Anstellungsbedarf verärgert. Die Messe soll den bisherigen Annehmern Gelegenheit geben, sich von dem Hochstand der Möbel- und Tischfabrikation in Sachsen, Schlesien und Thüringen zu überzeugen, andererseits aber auch neue Absatzgebiete erschließen.

In Vertretung der Minister und Reichs- überbrachte Ministerialdirektor Dr. Kien als Leiter der Abteilung für Handel und Gewerbe beim Wirtschaftsministerium die Größe und Wichtigkeit der sächsischen Regierung. Stadtrat Dr. Tempel sprach im Namen des verabschiedeten Oberbürgermeisters. Als ein sehr beachtliches Möbel-Industrie in Dresden und Umgebung hat die Stadt ein besonderes Interesse an der Messe. Die Bedeutung der hier vertretenen Qualitätsarbeit gab dem Redner Veranlassung, auf die außerordentlich wertvolle Arbeit hinzuweisen, die in einem der nächsten Jahre auch der Möbelindustrie gewidmet sein wird. Kommerzienrat Dr. Jung, e. E. Erneemann wünschte der Möbelmesse namens des Verbandes sächsischer Industrieller und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie besten Erfolg. Nachdem

beantwortet. 30 Pflichtstunden seien ein reichliches Maß für den Lehrer, der es ernst mit seiner Arbeit nehme. Es müßten 25 Stunden erreicht werden. Wenn das Gesetz am 1. April in Kraft trete, würden 180 Kräfte in Dresden frei werden. So würde es auch in anderen Großstädten sein. Es sei nicht nöthig, daß die kleinen Schulen durch das Gesetz gehoben würden. Für diese sollten mindestens 1 1/2 Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Nicht das Kultusministerium, sondern das Finanzministerium führe die entscheidende Sprache. Das dürfe aber nicht so weit gehen, daß die kulturelle Entwicklung gehemmt würde. Er sehe nicht die harte Entschlossenheit, unserer Schule zum Fortschritt zu verhelfen. Das müsse nun Aufgabe des Ausschusses sein.

Abg. Heilmann (3.) möchte nach der allgemeinen Abklärung des Gegenwurfs von der Ausdehnung der Sache nur die Entlastung wieder einmal feststellen, wie Regierung und Regierungsparteien in Sachen den Sinn des Parlamentarismus noch nicht erfasst haben.

Der Entwurf geht an den Rechtsausschuß

Unentgeltliche Schulpflichtung und Ausstattung der Schulentlassenen.

Nachdem kommen zwei kommunistische Anträge zur Beratung, die bereits am 24. Februar 1921 gestellt worden sind. Danach soll die Regierung beauftragt werden, als Maßnahme zur Hebung des Kindererlebens die unentgeltliche Schulpflichtung für alle Kinder sofort durchzuführen und Mittel bereitzustellen, um den Erziehungsberechtigten der zu Eltern zur Entlastung kommenden Schüler und Schülerinnen eine Befreiung in Höhe der Kosten für die Ausstattung der Schulentlassenen mit Kleider und Wäsche gewähren zu können. An Stelle der Befreiung könne die kostenlose Verlehnung der Kleider- und Wäschekosten treten. Die Befreiung soll allen Erziehungsberechtigten gewährt werden, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreicht.

Die Abg. Franke (D. Sp.) gibt an, daß ein großer Teil der Kinder unterernährt sei. Auch solle es vielen Eltern schwer, zu Eltern die nötigen Kleiderstücke usw. zu beschaffen. Es frage sich aber, ob die Maßnahmen in vollem Umfange durchgeführt werden könnten. Die finanzielle Lage dürfe nicht unberücksichtigt gelassen werden. Von den Gemeinden, Vereinen usw. würde schon viel getan. Es könne sich nur um die Bedürfnisse handeln. Ansuchen dieser solle auch das Sparamtenprinzip durchbrochen werden.

Die Anträge gehen an den Haushaltsausschuß A.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 9. März, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Haushaltsplan, Anträge betr. Umlageverträge für Kartoffeln, Entlastung von Betriebsratsmitgliedern; Wahlen.

Verliches und Sächsisches.

Die Möbelmesse Dresden 1922.

die vom Verband sächsischer Möbelfabrikanten Dresden, dem Landesverband Sachsen Deutscher Tischfabrikanten, dem Verein Thüringer Holzindustrieller, Weimar, und der Gruppe Schleisen der Vereinigung der Groß- und Möbel- fabrikanten Deutschlands bis zum 11. März in den großen Sälen des städtischen Ausstellungspalastes abgehalten wird, wurde gestern, Donnerstag, mittags mit einer feierlichen Feier eröffnet. Im Konzertsaal hatten sich außer den Ausstellern der Vertreter der Staatsregierung, der städtischen Kollegen, der Eisenbahngeneraldirektion, der Kreis- und Amtshauptmannschaft, der Technischen Hochschule, der Handels- und Gewerbesammler versammelt. Im Auftrag der ausstellenden Verbände begrüßte sächsischer Schiffh. Otiendorfer-Orts, die Eröffnungsrede. Wenn auch der Krieg der Möbelindustrie schwere Wunden geschlagen hat, so arbeitet sie doch sehr wieder unermüdet und mit dem Bewußtsein ihrer Leistungsfähigkeit. Die Möbelmesse hat diesmal Dresden als Messeort gewählt, da zurzeit Leipzig für die verlorene Qualitäts- möbel-Industrie noch keine geeigneten Räume bieten konnte, während Dresden über seinen prächtigen Anstellungsbedarf verfügt. Die Messe soll den bisherigen Annehmern Gelegenheit geben, sich von dem Hochstand der Möbel- und Tischfabrikation in Sachsen, Schlesien und Thüringen zu überzeugen, andererseits aber auch neue Absatzgebiete erschließen.

In Vertretung der Minister und Reichs- überbrachte Ministerialdirektor Dr. Kien als Leiter der Abteilung für Handel und Gewerbe beim Wirtschaftsministerium die Größe und Wichtigkeit der sächsischen Regierung. Stadtrat Dr. Tempel sprach im Namen des verabschiedeten Oberbürgermeisters. Als ein sehr beachtliches Möbel-Industrie in Dresden und Umgebung hat die Stadt ein besonderes Interesse an der Messe. Die Bedeutung der hier vertretenen Qualitätsarbeit gab dem Redner Veranlassung, auf die außerordentlich wertvolle Arbeit hinzuweisen, die in einem der nächsten Jahre auch der Möbelindustrie gewidmet sein wird. Kommerzienrat Dr. Jung, e. E. Erneemann wünschte der Möbelmesse namens des Verbandes sächsischer Industrieller und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie besten Erfolg. Nachdem

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater-Spielplan für heute. Opern-

haus: Sinfoniekonzert B, 4 (7). Schauspielhaus: „Schuld und Tugend“ (7). Neustädter Schauspielhaus: „Am weißen Büchel“ (1/8). Residenz-Theater: „Die Königin der Nacht“ (1/8). Central-Theater: „Prinzessin Tiala“ (1/8).

† Volks-Enten-Konzert. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, im Gewerbehause „Der Baum“ mit Paul Welle, Antonia Dietrich, Olga Radt, Luise Ritz, dem gesamten Philharmonischen Orchester; Dirigent: Edwin Lindner. Solowig wird singt Maria Supplietz, Ratten bei Allen.

† Operetten-Vierabend. Elisabeth Friedrich und Otto Marie vom Central-Theater singen nächsten Donnerstag (11. abends 7 1/2 Uhr, im Künstlerhaus) nochmals neue und alte Operetten-Vierabend, mit verändertem Programm. Es ist der namiberrauschlichste Abend.

† Sächsischer Altertumsverein. Montag, den 6. März, spricht Geh. Regierungsrat Dr. Ermisch über „Markgraf Wilhelm I. der Erbsünde von Meissen“, abends 7 Uhr im Künstlerhaus (Leipzigplatz).

† Klavier-Abend. Mit einer nicht alltäglichen Auswahl, die nach technischer wie musikalischer Seite hin höchste Ansprüche stellt, wartete im stimmungsvollen Rahmen der Frankfurter Pianistin Maria Prock auf. Noch gilt ihre Sorge zu viel dem Was, weniger dem Wie. Die Künstlerin verfügt über reich entwickelte Technik, zu deren Ausbreitung eine Hauptrolle noch fehlt, die Schulte der Solistität. Das Spiel ist zu einseitig auf Klang und Wärme, auf das nach außen hin Mendelssohn einseitig, wobei das Pedal zur unerwünschten Hilfswirtin vertritt. Mit der Notentzucht nimmt es die Konzertsängerin nicht gerade peinlich genau, und wo es den Ausbund der melodischen Linie gibt, da blickt geschäftige Eile an denen Gelegenheiten vorbei. Beweis des Strebens nach Verinnerlichung und Tiefe zu erbringen. Aber trotz alledem gewinnt man den Eindruck, in Maria Prock ein hartes Spieltalent vor sich zu haben, das nach der nötigen Abklärung und bei Gewinnung des richtigen Maßes zur Selbstbeherrschung gutem verpricht. Ueber den Telemann-Variationen von Reuter lag ein großer, kraftvoller Zug gebreitet. Die tonbildnerischen Momente freilich erschienen zu nebenlässig behandelt, mit Kopf und Herz zu wenig erfasst. Die drei Toccaten von Schumann, Beethoven und Navel überzogen am leichtesten von der Spielbegabung der Künstlerin. Auffallend flüchtig und inhaltslos bot sie Chopin, um dessen Stilgenauigkeit sie sich ernste Gedanken noch nicht gemacht zu haben scheint. Schumanns Carnaval fand am Schluß.

† „Rust am Hofe Friedrichs des Großen“, — so hatte der Verein Volkswohl seine 22. Veroniamung über- schrieben. Und in der Tat: wenn man sich den modernen Konzertsaal und die feierlichen schwarzen Fräule und Smolings der Ausführenden blickend, so konnte man sich recht wohl nach dem alten Satos Sandouel des Jahres 1750 zurückverlegt glauben. Denn was man zu hören bekam, war ausschließlich Rust in Charakter seiner Zeit und von Komponisten, die der große Friedrich bevorzugte. A. A. Hoff und J. P. Rameau, die mit ihren Opern italienischen und französischen Stils damals die Bühne beherrschten, waren mit einer Duzierte bzw. einer Ballettsuite zu heute halberhöllischen Opern vertreten, und das Lieblingsinstrument Friedrichs, die Violine, kam zu sonj ungewohnter Stellung in drei Nummer des Programms: einer Sonate für 2 Violinen und Klavier von des Königs Hofkapellmeister J. A. Quantz, in dem 4. Brandenburgischen Konzert (10. Dur) von Joh. Seb. Bach, in dem neben einer Soloviolone ebenfalls zwei Violinen konzertierend auftreten, sowie in einer Violinkomposition des alten Fritz selbst, einem melodischen, im Bau noch den berühmten Vorbildern seiner Zeit geschickt gearbeiteten G-Dur-Konzert für Violine und Orchester. Eine weitere Violinsonate, die in Aussicht genommen war (ein Nocturne für Violine allein von Phil. Em. Bach), mußte leider wegen Erkrankung von Kommerzienrat Schwedler wegschauen; sie wurde durch des großen Bach große D-Moll-Obocoeone für Violine allein ersetzt, die Paul Dunaer, Leipzig, sehr schön ausführte. Im übrigen war der Leipziger Hofkapellmeister Hofkapellmeister Schwedler in die Preise antrugungen und entledigte sich gleich dem zweiten Violinen Paars seiner Aufgaben mit ausgezeichnetem Können. Das durch Klavier (Paul Poff) verführte Streichquartett hatte die aus dem ebenmässigen Collegium musicum hervorgegangene Akademische Orchestervereinigung aus Leipzig unter der beifälligen Leitung von Dr. Gottfried Frotzacher. Die Begleitung und Orgelbegleitung der ständischen Kapellmitglieder für die alte gute Rust des 18. Jahrhunderts zu beobachten, war eine Freude; noch mehr aber konnte man sich darüber freuen, daß hier ernstes und in die rechten Bahnen geleitetes Können an so beachtlichen Vollbringen zeigten. Die mehr als hundertköpfige Volkswohnungsgemeinde gab solcher Freude herzlichen Ausdruck, und das von Rechts wegen.

† Am Baugener Stadttheater gelangte „Die verkaufte Perle“ zur Uraufführung, eine Operette in drei Akten von Otto Döring, einem Baugener Rechtsanwalt. Dem Werke liegt ein sehr verwendungsfähiger Gedanke zugrunde: Kommerzienrat Gartenstein hat zwei Töchter, Grete und

Grete. Leutnant v. Steinhausen soll nach seinem Wunsch Grete's Gemahl werden. Diese aber hat sich bei ihrer Verlobung für Rust in den Kopf gesetzt, nur einen Mann zu heiraten, der die Vorzeichen einer Operettenpremiere auf dem Scheitel trägt, weil sie den Komponisten Brand liebt, von dem sie weiß, daß dieser in Berechnung für sie eine Operette geschrieben hat. Gartenstein ist schlau, kauft Brand die Operette ab und will sie dem Leutnant zuweisen, aber die Töchter sind schlauer, belauschen den Plan, plaudern ihn aus, Papa ist überlistet und muß am Ende diesen den Segen zum Bunde mit dem geben, den sie sich selbst erkoren haben. Der Gedanke ist von Döring geschickt durchgeführt und mit dem nötigen Drama und Dron zu einem ganz wirkungsvollen Werke aufgemacht worden. Freilich ist das Ganze etwas langatmig. In der Rust will Döring durch Melodien wirken, und es finden sich überall Anlässe zu echten, rechten Operettenmelodien, die sich im zweiten Akte, der textlich wie musikalisch den Höhepunkt des Werkes darstellt, zu zwei wirklichen Schauern (Champagnerlied und Valschuetz) verdichten. Döring will eine Vermählung schaffen zwischen der soliden alten und der blendenden modernen Operette. Das ist unverkennbar an einem guten Teile ihm gelungen, und wenn er den so betrieuen originalen Weg weiterverfolgt, wird ihm in dieser Verbindung der Erfolg, den schon dieses erste Werk ankündigt, nicht ausbleiben. Leider segelte die Aufführung in einem schleppenden Fahrwasser. Hans Fackler schloßete als Solist. Sein Johann — die vom Verfasser am sorgfältigsten gezeichnete Figur — war die beste darstellerische Leistung des Stückes, der sich Adele Carlos Kathe würdig zur Seite stellte. Eine anerkennenswerte Leistung war Kapellmeister Wiemers Interpretation des musikalischen Teils. Das ausverkaufte Haus zeigte sich sehr beifällig und rief den Autor wiederholt stürmisch vor die Stamme.

O. F.

† Entgarter Stadttheater. Generalmusikdirektor Artz Buch hat mit seiner letzten Opern-Neueinstudierung „Verdis „Cibello“ im großen Hause der märkterberglichen Stadttheater wiederum einen glänzenden Erfolg davongetragen, der von der dortigen Presse in warmerherziger Weise anerkannt wird.

† Der „Rosenkavalier“ in Triest. Am Teatro Verdi an Triest wurde vor kurzem „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauß zum ersten Male aufgeführt. Im Mittelpunkt der Aufführung, die einen glänzenden Erfolg hatte, stand die bekannte Sängerin Maria Loda als Maridallin. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß deutsche Kunst in Triest wieder eine so herzliche Aufnahme findet, wie es hier der Fall war.

11. 106
Dresdener Nachrichten
Freitag, 3. März 1922
Seite 3

Kabritschler Schell die Messe für eröffnet erklärt hatte. ...

An der letzten Stelle befindet sich eine sehr interessante ...

Reichstagsabgeordneter Wulle über Krieg und Politik.

Der einer zahlreicheren Anhörung schickte am Mittwoch ...

Die Verfassung sollte dem Redner für keinen von ...

Ein Liebeswerk der Kochkunst-Kasellung.

Anlässlich des 50jährigen Bestehens des Vereins ...

Die Ausführung der Verpflanzung am ersten Tage ...

400 bis 500 Kinder und 150 bis 200 verhärmte Arme, Koffer ...

Der Bezirksausschuss des Kleinhandels von Dresden und Umgebung.

Am 28. Februar unter dem Vorsitz des Stadtverordneten ...

Die die Abicht der Reichsregierung bekannt geworden ...

Bei Besichtigung des neuen Votzpreises hat es sich ...

Beibehaltung der Reichstagesabgeordneter Wulle über Krieg und Politik.

Beibehaltung der Reichstagesabgeordneter Wulle über Krieg ...

Der Leipziger Messe drohte durch einen Transport ...

Adressierung von Postsendungen für die Leipziger ...

Die Sächsische Landespolizei in Dresden. Das sächsische ...

Die Sächsische Landespolizei in Dresden. Das sächsische ...

Die Sächsische Landespolizei in Dresden. Das sächsische ...

Die Sächsische Landespolizei in Dresden. Das sächsische ...

Die Sächsische Landespolizei in Dresden. Das sächsische ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Freibühnen im Freilebungsgebiete. Durch die hohen ...

Nach Eröffnung der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten durch den Vorsitzenden...

Vom St. V. Votat (D. V.) liegt eine kurze Anfrage über die...

Bekämpfung des schnellenfahrens der Autos im Stadtgebiet vor. Es wird angefragt, ob gegenwärtig...

Die Wiederherstellung sämtlicher Schulbusse über 120.000 M. als außerordentliche Beihilfe...

St. V. Schrapel (Komm.) berichtet im Namen des Verwaltungsausschusses über...

Die Erhöhung der städtischen Beihilfen an den Pflanzlichen Erziehungsverein, den Verein Kinderhort...

In der Aussprache wird einstimmig anerkannt, daß so schnell wie möglich gehandelt werden müsse.

Das Kollegium bewilligt als weiteren Mehraufwand für den Bau eines Hauses für Kranke...

Aufhebung des mit der Gemeinde Hothof abgeschlossenen Einmündungsvertrages...

Die Stadtverordneten nehmen dann Stellung zu den Gesuchen verschiedener Vereine um...

Einräumung einer Vertretung im Jugendausschuss...

Der Rat hat beschlossen, dem Stadtdirektor Dresden Frauenvereine eine Vertretung einzuräumen...

Für die am Sonntag, den 11. März, vormittags 11 Uhr im Künstlerhaus stattfindende gemeinliche Besprechung...

Entwurf einer neuen Gemeindeordnung werden sechs Vertreter des Kollegiums gewählt.

Mit der...

Änderung von Pflanzern der Heil- und Pflanzanstalt befaßt sich ein Dringlichkeitsantrag des St. V. Nisch (Unabh.)...

Schluss der öffentlichen Sitzung 9 Uhr. Es folgt eine geheime Sitzung.

Bermischtes.

Selbstmord des Doppelmörders von Kleppelsdorf. Die Leiche wurde in einer Einzelzelle untergebracht...

Die Technische Nothilfe für die überfluteten Oedersee. Aus Breslau wird gemeldet: Der Landrat hat wegen des Dammbrechens...

Rodewillers Entlassung und der Reitschere. In der amerikanischen Weltküstentour...

Hierbeport.

Die ersten Ausstellungen für die Provinzialrennen. Nachdem die Ausstellungen für die Berliner Provinzialrennen...

In dem Berliner Reichsverband-Turnier im Sportplatz, das Sonntagabend seinen Anfang nimmt...

Das neue Schwimmvergehen, an dessen Ausübung im Reichsverband...

Der Radfahrerverein Wanderlustler 1885, welcher in diesem Jahre auf eine 27jährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken kann...

Reisemeister Nahbaltung und Spielvereinigung treffen sich wie bereits gemeldet am kommenden Sonntag...

Die Spielstätte der Berliner Oberliga. Mit einem beachtlichen 2:0-Siege konnte...

Ein Einbruch bei dem kommunikativen Reichslands-Abgeordneten Adolf Hoffmann...

Der Einbruch bei dem kommunikativen Reichslands-Abgeordneten Adolf Hoffmann...

Der Einbruch bei dem kommunikativen Reichslands-Abgeordneten Adolf Hoffmann...

Turnen - Sport.

Der verpfändete hat. Gezierer best seine Spielstätte...

Handball. Eine aus den beiden besten Dresdner Schulmannschaften...

Leichtathletik. Die Deutschen Vorkampfbewerbe, die im Vorjahre in Hamburg...

Wasserport. Nachdem bereits im Vorjahre Holländer, Schweden...

Große Ereignisse im Schwimmsport. Nachdem bereits im Vorjahre Holländer, Schweden...

Waffenport. In dem Sonntagabend, den 4. März, und Sonntag, den 5. März...

Flugport. Ein 100.000-Mark-Fonds für einen motorisierten Segelflug...

Die Deutsche Hochschule für Leibschüsse hat jetzt mit den ersten Vorbereitungen...

Verchiedenes.

Die Deutsche Hochschule für Leibschüsse hat jetzt mit den ersten Vorbereitungen...

Ein Nachwächterstreik und seine Folgen. Mittwochabend sind in Breslau die Wächter der Wälder...

Die Garderobe einer deutschen Vorkampfbewerbe...

Humor vom Tage. Auf dem Dampfer fragte ein Reisender einen alten Seemann...

St. 106. Dresden Nachrichten. Freitag, 3. März 1922. Seite 5.

Nur der rechtzeitige Einkauf
in allen Abteilungen meines Hauses macht es mir möglich, meiner Kundschaft

Qualitätsware zu außerordentlich billigen Preisen

weiterhin anbieten zu können

- Herren-Jackett-Anzüge** 590,—
in Cheviot u. Homespun, 1200,—, 900,—, 600,—
- Herren-Sport-Anzüge** 1200,—
in flotten modernen Formen, 1500,—
- Schlüpfer und Paletots** 390,—
in enormer Auswahl, 1200,—, 600,—
- Regen- und Bozener Mäntel** 290,—
ausprobiert wetterfeste Stoffe, 600,—, 400,—
- Herren-Hosen** 98,—
nur ausgesucht gute Qualitäten, 200,—, 100,—
- Herren-Breecheshosen** 250,—
in allen Größen, 500,—, 300,—

Für Konfirmanden

Unerreicht schöne Auswahl in
Anzügen, Schlüpfern, Covercoats

Anzüge ein- u. zweireihig, nur gute Stoffe, in bester Verarbeitung 1200,—, 700,—, 500,— **390,—**

Schlüpfer u. Covercoats flotte moderne Formen, beste Zutaten 1200,—, 700,— **490,—**

Smoking-Anzüge mustergültiger Schnitt und beste Verarbeitung

Wäsche, Hüte, Krawatten, Handsehuhe äußerst preiswert

- Jünglings-Jackett-Anzüge** 450,—
besonders strapazierfähig, Stoffe, 700,—, 500,—
- Jünglings-Jackett-Anzüge** 850,—
beste Qualität, moderner Schnitt, 1200,—, 900,—
- Kieler Anzüge** 390,—
in den besten blauen Qualitäten, 850,—, 500,—
- Schlupf- u. Blusen-Anzüge** 95,—
in bekannter reicher Auswahl, 350,—, 150,—
- Knie- und Breecheshosen** 59,—
aus stark. Resten gefertigt, 350,—, 190,—, 95,—
- Gummi- und Loden-Mäntel** 250,—
in Knaben- und Schülergrößen, 550,—, 300,—

Herren-Hüte in den modernsten Fassons zu äußerst vorteilhaften Preisen

Garantie für tadellosen Sitz
— Schnellste Lieferung —

Elegante Maß-Schneiderei

Hervorragende Auswahl
modernster u. bester Stoffe

Stoff-Verkauf per Meter

ESDERS

Prager
Straße

Waisenhaus-
straße

Größtes Herren-Bekleidungshaus

Seite 6

Dresdener Nachrichten
Freitag, 3. März 1922

Nr. 106

Sächsische Tierärztliche Hochschule zu Dresden.
Das Sommersemester 1922 beginnt am 23. April.
Die Vorlesungsverzeichnisse sind demnach bis 25. März,
9 Uhr abends, in Dresden, den 27. Februar 1922,
durch Mittel des Schöffengerichts Dresden vom 20. 4. 21. III
der Amtsgericht

Bernhard Wilhelm Ottomar Seifert,
früher in Dresden wohnhaft, wegen unbestimmter Handlung mit Unrecht
in die Wohnung des Verhafteten eingedrungen und Gegenstände ohne
die erforderliche Genehmigung

zu sechs Wochen Gefängnis und 1400 M. Geldstrafe
verurteilt worden. In Stelle von je 15 M. Geldstrafe tritt im
Ausnahmefalle je 1 Tag Gefängnis.

Gas Amtsgericht, Abt. IV.

Aktiengesellschaft Hotel Bellevue, Dresden.
Die Aktionäre werden hierdurch zu der auf Dienstag den
28. März 1922 vormittags 11 Uhr im Hotel Bellevue zu
Dresden anberaumten

50. Hauptversammlung

erzucht eingeladen. Der Ausschuß der Aktionäre ersucht durch
Zusammenkunft der Aktionäre über die Abrechnung der Aktionäre der
Dresdener Bank in Dresden, der Reichsbank, im Kontor der Ge-
sellschaft oder bei einem deutschen Notar eine Besondere Beschlüsse
fassen. Die Zusammenkunft ist spätestens am 21. März 1922 zu
halten.

Tagungsordnung:

1. Genehmigung der Geschäftsrechnung für 1921 und Gewinn-
verteilung.
2. Genehmigung von 400.000 M. aus dem Vermögensfonds be-
stehend aus dem Rücklagefonds, an dem die Aktionäre für je
10 Aktien zu 20 M. ein Unterkonto von je 10 M. eingerichtet sind
gegen deren Verpflichtung, den Betrag zum Zweck der Einzahlung
auf das am 1. April 1922 erhaltene Grundkapital, einzuzahlen in 25
Raten zu je 200 M. einzuzahlen.
3. Genehmigung der Geschäftsrechnung über Erhöhung des Aktienkapitals
um 100.000 M. durch Ausgabe von 100.000 Aktien zu je 100 M.
4. Genehmigung des Verfahrens und des Inhalts der
4. Beschlüsse über Erhöhung der Zahlungen: § 4 (Ge-
sellschaftsänderungen), § 5 (Erhöhung des Aktienkapitals), § 6 (Aus-
gabe neuer Aktien), § 7 (Zinsausgaben), § 8 (Kaufverpflichtungen
von Grundbesitz, Aktien und Wertpapieren), § 9 (Jahres-
rechnung), § 10 (Gewinnverteilung), § 11 (Einführung der Vor-
stände), § 12 (Übernahme des Vermögens), § 13 (Gewinnver-
teilung), § 14 (Wahlverfahren des Aufsichtsrates), § 15 (Auswahl
aus dem Aufsichtsrat), § 16 (Wahlverfahren des Aufsichtsrates), § 17
(Form der Aufsichtsratsberichte), § 18 (Ausgaben des Auf-
sichtsrates), § 19 (Übertragung von Aufsichtsratsanteilen), § 20
(Wahlverfahren des Aufsichtsrates), § 21 (Gewinnverteilung des Auf-
sichtsrates), § 22 (Übertragung von Aufsichtsratsanteilen), § 23
(Wahlverfahren des Aufsichtsrates), § 24 (Gewinnverteilung des Auf-
sichtsrates), § 25 (Übernahme der Hauptversammlung), § 26
(Einführung der Hauptversammlung) und § 27 (Gewinnverteilung
und Beschlüsse der Hauptversammlung), § 28 (Gewinnverteilung
Hauptversammlung), § 29 (Beschlüsse der Hauptversammlung),
§ 30 (Gewinnverteilung), § 31 (Gewinnverteilung).

Die §§ 8, 9, 14, 31 werden geändert. Die durch die be-
schlossenen Änderungen bedingte neue Fassung der Einzel-
bestimmungen wird genehmigt.

3. Ermächtigung des Aufsichtsrates zur Erhebung des Ge-
sellschaftsvermögens, die nur die Form betreffen,
4. Aufsichtsratswahl.

Die Beschlüsse der Hauptversammlung sind vom 14. März
1922 ab im Kontor der Gesellschaft sowie bei der Dresdener Bank
in Dresden zu entnehmen.

Dresden, am 27. Februar 1922.

Der Vorstand: **Könnefeld.**

Haus-Aluminiumware

erhält. Große Auswahl zu glatten, besten neuen Preisen
mit äußerster Reinlichkeit. Bitte auch bei bester Qualität.
Erzie und „Domestic“ Wm. Portous & Co., Advertising
Agents, Glasgow, Scotland.

Einige kostbare, schöne, echte Perser Teppiche

Weiterer orient. Teppich nur an Preisberechnung
preiswert erhältlich. Schriftl. Angebote an **Arnold Re-
hmann** unter D. R. 1202 an die Gp. 3. St.

Coupé Schäferhund,

von Zimmermann (Holsheim) mit
seiner in alle Welt berühmten, sehr gut
gebill. wenig gebrauch. zu verk.
Bergstraße 24, beim Hausmann.

Wau-Rick

EDDA' AUTO-ÖLE

erhöhen die Leistungsfähigkeit und
verringern die Abnutzung des Motors

Rädisch

Dresden-N., Katharinenstr. 5. Anruf 26866, 15218, 26855.

3 starke Pferde

zu verkaufen evtl. auch gegen
2 leichte oder schwere Ge-
schirre. **Vankburg 45.**
Tel. 26866.

Verkauf einer Leier, belgische Schimmel- Stute

wegen Rücklicht, ganz einwand-
frei u. ord. **Wirfgen, Ober-
schöna i. G. Tel.: Frankenstein 10.**

2 Stutfohlen

Odenburger, 2-jähr., idm. zücht.
mit Stern, ca. 150 cm hoch, ver-
kauft wegen Rücklicht
Rittergut Thürmsdorf
s. Königstein (Üb.).



Nach Eintreffen letzter Transporte am Donnerstag haben
wir ab Freitag, den 3. März, wieder eine Auswahl von ca.
25 Stück

Oldenburger und Ostfries. Arbeits- u. Wagenpferde

unter strengster Zucht und den günstigsten Bedingungen
bei uns zum Verkauf und zwar

**einzelne Pferde, sich. Einspänner,
und ganz gleiche Paare**

in verschiedenen Farben. Pferde jeder Art werden in Zahlung
genommen.

Sainsberg, Sa. Emil Kästner & Co.
Fretal 296.



10 Stück mittelschwere und leichte Pferde
haben zum Verkauf
Pothhalerei Dresden, Weißbischdörfstraße 40.

Oldenburg-Wefermarsch- und Ostfriesischen Kühen und Kalben

sowie einer Auswahl von 10 Stück alterer Rassen
Herdbuchbullen

im Alter von 1/2-1 1/2 Jahr eingetroffen sind und stelle
dieselben am **Sonntag den 11. März** nach 10tägig.
Quarantäne preiswert bei mir zum Verkauf.

H. Stoppelman,

Dresden-N., Großenhainer Str. 13
(nahe Reutländer Bahnhof). Telefon 12512.

2 hochtragende Ziegen, Damenrad zu kauf. gef.
nahe zum Lamm. zu verkaufen.
Junghans, Gumpz 3 b. Of. u. B. V. 70 Gp. 4. St.

